

Schwangere: Beratung per Video

Konflikte Frauen in Notlagen wird der vorgeschriebene persönliche Gang in eine Beratungsstelle erspart.

Stuttgart. Für ungewollt Schwangere spitzt sich die Lage derzeit zu. Beratungsangebote sind während der Corona-Krise oftmals reduziert, Anästhesisten für die Versorgung von Covid-19-Patienten auf Intensivstationen eingeplant. Auch können viele Frauen wegen der Schulschließungen und der Betreuung ihrer Kinder zu Hause verpflichtende Beratungs- und Untersuchungsangebote nur noch eingeschränkt persönlich aufsuchen. Darauf machen Beratungsstellen wie Donum Vitae mit ihren 10 Beratungsstellen im Land sowie die Verbände pro familia und Pro Choice aufmerksam.

Um zumindest Entspannung bei der Beratung zu ermöglichen, hat der Landesverband von Donum Vitae eine Video-Plattform eingerichtet, mit der verpflichtende Beratungsgespräche ohne persönliche Präsenz möglich sind. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat diesem Angebot während der Corona-Pandemie zugestimmt.

Bei der Donum-Vitae-Beratungsstelle in Heidelberg werden seit einigen Tagen bereits Video-Gespräche geführt. „Ich erlebe die Klientinnen sehr direkt, mit allen Emotionen“, sagt Mari-

na Träschütz-Hartmann, die Geschäftsführerin von Donum Vitae in Baden-Württemberg, die selbst als Beraterin in Heidelberg tätig ist. Weil dort in den vergangenen Jahren Angebote für Betroffene im ländlichen Raum erprobt wurden, konnten die Beraterinnen nun schnell auf eine gesicherte Software zurückgreifen.

„Gerade Schwangerschaftskonflikte erlauben keinen Aufschub“, sagt Träschütz-Hartmann. Die Beratung kann per Smartphone, Tablet oder Notebook erfolgen. Um einen Beratungsnachweis zu erhalten, ist ein Gespräch per Video oder Telefon Voraussetzung. Die Beratungsscheine erhalten Klientinnen aktuell per Post oder als verschlüsselte E-Mail.

Die Landesverband von Pro Familia weist mit seinen Forderungen über das Beratungsangebot hinaus. Weil Ärztinnen und Kliniken in der aktuellen Krise auf Covi-19-Patienten ausgerichtet seien, werde es für ungewollt Schwangere schwierig, in den vorgegebenen Fristen einen Abbruch vornehmen zu lassen. Deshalb fordern sie, vermehrt medikamentösen Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen.

Grundsätzlich ist in Deutschland eine Abtreibung für Frauen in Konfliktsituationen nur bis zur 12. Schwangerschaftswoche straf-frei, wenn sich Frauen davor beraten lassen. *eth*

„Konflikt erlaubt keinen Aufschub.“